



Thurgauer Zeitung

www.thurgauerzeitung.ch

Rastlose Rennpause

Im Winter legen Radprofis wie Stefan Küng die Basis für eine erfolgreiche Saison. 40



Diana Gutjahr

Die Nationalrätin aus Amriswil lässt daheim lieber ihren Gatten kochen.

KLEIN RIGI

EST 1886

SCHÖNENBERG A. D. THUR - 071 642 49 49
KLEINRIGI.CH

Sport

Volley Amriswil im Europacup chancenlos 37

Matzingen

Waschmaschinen auch mittags unter Strom 42

Münsterlingen

Das Blindenzentrum schliesst definitiv 43

Münchwilen

Vier Kandidaten für die Schulbehörde 45



Focus

Kleider aus 250 Jahren sind im Historischen Museum zu sehen. 15

Eltern profitieren vom Skilager-Urteil

Thurgau Das Bundesgericht zwingt die Schulen zu einer Sonderaktion: Der Preis fürs Skilager wird massiv gesenkt.

Thomas Wunderlin

Im Dezember hat das Bundesgericht den Elternbeitrag an Skilager auf 80 Franken pro Woche begrenzt. Für die bevorstehende Lagersaison können die Thurgauer Schulen nicht mehr anders umdisponieren. Den fehlenden Betrag müssen sie aus der eigenen Kasse bezahlen. Erlen beispielsweise hatte einen Elternbeitrag von 160 Franken verlangt. Da 120 Erler Schüler ins Lager fahren, hat die Schule Mehrkos-

«Die Kosten des Skilagers sind marginal im Vergleich zum Schulbudget.»

Valentin Huber
Beschwerdeführer

ten von rund 9600 Franken. Wie es nächstes Jahr weitergeht, ist offen. «Vielleicht wird es keine obligatorischen Lager mehr geben», sagt Heinz Leuenberger, Schulpräsident von Erlen und Präsident des Schulgemeindevorstands. Laut Valentin Huber, dem Beschwerdeführer ans Bundesgericht, würden freiwillige Lager eine Zweiklassengesellschaft bringen, «bei welcher Reiche Skisport betreiben und sozial Schwächere mit Basketball abgespeist werden». 23

Beliebtes Hahnenburger



Trinkwasser Heute wird die Trinkwasser-Initiative eingereicht. Denn Wasser direkt ab dem Hahnen wird geschätzt. 13

Bild: Getty

Salzkorn

Ist es eine Posse, ist es ein Skikrimi? Vermissst wird die Ski- und Wintersportsammlung Lichtensteig. Alte Ski, Trophäen und Schuhe aus dem Toggenburg waren bis 2014 als Leihgabe im Skimuseum Vaduz zu sehen gewesen. Nach dem Tod des Betreibers verschwanden die Zeugen einer Epoche, in der die Vorfahren der dreifachen Weltmeisterin Maria Walliser die Hügel runtergeflitzt waren.

Mittlerweile weiss man: Das Material liegt im österreichischen Kitzbühel. Trotzdem kommt man nicht daran heran. Die aktuelle Besitzerin verweigert jedes Gespräch.

Am Wochenende macht der Skizirkus just in Kitzbühel Halt. Die Schweizer Skilegende Willi Forrer will die Käuferin der Museumsgegenstände am Rande der Rennen zur Rede stellen – auch er vermisst Helme und Pokale. Ob Forrer Erfolg haben und unser Skikulturerbe zurückholen wird, wissen wir nicht. Die schönste Rache an den Österreichern wäre aber ohnehin eine andere: ein Sieg von Beat Feuz am Samstag auf der Streif. *dwa*

ANZEIGE

Reden Sie mit.

Thurgauer Zeitung

Print . Online . Mobile

thurgauerzeitung.ch
Tel. 071 272 72 72

Der Christbaum darf brennen

Mattwil Traditionell organisiert der Dorfverein jedes Jahr nach dem Dreikönigstag die «Christbaumverbrennet». Die Anwohner können ihre Bäume bringen und gemeinsam in einem grossen Feuer verbrennen. Dazu gibt es Wurst, Kuchen und Punsch.

Peter Stern, Gemeindepräsident von Birwinken, findet solche geselligen Anlässe, die erst noch ein Brauchtum pflegen, sehr wichtig. Trotzdem ist die «Verbrennet» nicht unproblematisch. Das Thurgauer Amt für Umwelt empfiehlt nämlich, wegen der hohen Feinstaubbelastung keine offenen Feuer im Winter zu entzünden. Besser sollte der Christbaum gehäckselt und später im Garten verteilt werden. Doch aller Vorbehalte der kantonalen Behörden zum Trotz: Hier beugen sich die Regeln der Tradition. *(sba)* 29

Verband verzeiht Jagdunfall nicht

Fehlschüsse «Was da passierte, ist absolut daneben», sagt Walter Schmid, Vizepräsident von Jagd Thurgau. Der Verband nimmt sein fehlbares Mitglied in die Mangel, nicht in Schutz. Auf der nächtlichen Jagd am Waldrand bei Affeltrangen schoss ein Jäger auf Schafe, meinte aber, es seien Wildschweine. Der Verband wolle nun die Ergebnisse der Untersuchungen abwarten, erwägt danach den Ausschluss des fehlbaren Jägers aus dem Jagdverband. «Solche Mitglieder wollen wir nicht», sagt Schmid im Interview mit der «Thurgauer Zeitung». Dieser Fehltritt schade dem Ruf aller Jäger. Vom Kanton erwartet er mindestens eine einjährige Jagddispens. Falls ein Verstoß gegen das Jagdgesetz nachgewiesen werde, müssten auch strafrechtliche Konsequenzen ergriffen werden. *(sme)* 21

Täter war in der Psychiatrie

Mattwil Die Thurgauer Staatsanwaltschaft führt gegen den mutmasslichen Täter von Mattwil ein Strafverfahren wegen Verdachts auf versuchte vorsätzliche Tötung. Der 24-jährige Schweizer sitze in Untersuchungshaft, sagt Mediensprecher Stefan Haffter. Der Mann soll am Montag mit dem Hammer auf eine 75-jährige Frau losgegangen sein. Das Opfer wurde schwer verletzt. Die Tatwaffe bestätigt die Staatsanwaltschaft nicht. Auch nicht, dass der Mann erst kurz vor der Tat aus der Psychiatrie entlassen worden sei. Beides wird aus mehreren voneinander unabhängigen Quellen verlautet. Opfer und Täter haben im selben Mehrfamilienhaus gewohnt. Eine Nachbarin meldete am Montag der Notrufzentrale, in einer Wohnung des Hauses liege eine schwer verletzte Frau. *(red)* 46

Auf dem Weg zum Parlament

Romanshorn Von den sechs Städten im Thurgau haben vier ein Parlament. Möglicherweise kommt Romanshorn bald einmal dazu. Fünf Parteien haben gestern eine Initiative mit 386 Unterschriften eingereicht, die vom Stadtrat verlangt, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. Die Grundsatzabstimmung darüber muss innerhalb von eineinhalb Jahren stattfinden. Für die Abschaffung der Gemeindeversammlung sind BDP, CVP, EVP, FDP und SP, die SVP will daran festhalten. *(mso)* 26

Frühbucher sparen bares Geld

Sommerferien Dieses Jahr dürften Badeferien am nördlichen Mittelmeer etwas teurer sein als vergangenes Jahr. Branchenvertreter rechnen mit 2 Prozent Aufschlag. Ein Grund dafür ist der gestiegene Euro, ein anderer, dass die starke Nachfrage nach Mittelmeerdestinationen die Angebote verteuert hat. Kommt hinzu, dass die Zeiten vorbei sind, als Reiseveranstalter Kontingente an Hotelzimmern und Flugzeugsitzen ein Jahr im Voraus zu fixen Preisen kauften, um sie dann zu

ebenso festen Preisen an die Kunden weiterzureichen.

Heute dagegen sind die Preise meist tagesaktuell. Und falls der Euro, wovon die Ökonomen ausgehen, weiter an Wert zulegt, ist es günstiger, die Sommerferien zeitig zu buchen, statt zuzuwarten. Zumal auch viele Reisebüros mit Frühbucherrabatten locken. Zudem seien die beliebtesten Zimmer und Hotels für die Hochsaison schnell ausverkauft. Wer also früh bucht, hat eine grössere Auswahl. *(red)* 2, 9



Skilager zum Sonderpreis

Thurgau Das Bundesgericht hat den Schulgemeinden einen Strich durch die Rechnung der bevorstehenden Skilager gemacht. Eltern profitieren, denn das Skilager ihrer Kinder wird billiger. Aber möglicherweise gibt es bald keine obligatorischen Klassenlager mehr.

Thomas Wunderlin
thomas.wunderlin@thurgauerzeitung.ch

120 Erler Sekschüler fahren im Februar und März ins Skilager in Wildhaus oder Elm. Statt 160 Franken wie veranschlagt kann die Schule von den Eltern für ein fünftägiges Klassenlager maximal 80 Franken verlangen; gemäss einem neuen Bundesgerichtsurteil dürfen nur Verpflegungskosten verrechnet werden. «Fakt ist, dass das Bundesgerichtsurteil kurzfristig Probleme verursacht», sagt Heinz Leuenberger, Präsident der Volksschulgemeinde Erlen und des Verbands der Thurgauer Schulgemeinden. Abgesagt werden können die Skilager nicht mehr – nur schon, weil die Unterkunft in der Regel ein Jahr im voraus reserviert werden muss.

Der Fehlbetrag geht zu Lasten der Schulgemeinde; für Erlen sind das rund 9600 Franken. Für andere Schulen im Kanton können bis zu 220 Franken pro Schüler anfallen. Denn die bisher geltende Regierungsratsverordnung begrenzte den Pauschalpreis für eine Skilagerwoche auf 300 Franken. Erlen blieb unter diesem Preis, da die Schüler mit dem Sammeln von Altpapier das Lager mitfinanzieren. Gespart wird auch durch die Mitarbeit von Eltern, die im Lager für die Schüler kochen. Jedoch wird es laut dem Erler Schulpräsidenten immer schwieriger, dafür Freiwillige zu finden. Wie es nächstes Jahr weiter geht, weiss Leuenberger nicht; darüber werde diese Woche an einer Sitzung mit Vertretern des Erziehungsdepartements diskutiert. «Vielleicht wird es keine obligatorischen Klassenlager mehr geben.» Bei freiwilli-



In den nächsten Wochen fahren ein paar tausend Thurgauer Schüler ins Skilager: Skigebiet Flumserberg.

Bild: Keystone/Gian Ehrenzeller

gen Lagern gilt die Obergrenze des Elternbeitrags von 16 Franken pro Tag nicht.

Leuenberger hält Schullagerwochen für wichtig. Die Sozialkompetenz der Schüler werde gestärkt. Man verbringe eine Woche gemeinsam, diskutiere gemeinsam die Details, ob man mit dem Zug oder dem Car fahre, wie man die Abende gestalte.

Jedoch fahren in Erlen bereits jetzt nur 70 Prozent der Sekschüler ins Skilager. Die ändern wollen nicht skifahren, oder die Eltern möchten oder können keine Skiausrüstung finanzieren. Die

«Die Schulen wälzen immer mehr Kosten auf die Eltern ab.»

Valentin Huber
Beschwerdeführer

Daheimgebliebenen müssen sich an einer «polysportive Woche» beteiligen; auf dem Programm stehen etwa Schwimmen, Rodeln, Turnen, Volleyball oder Schlittschuhlaufen, dazu gibt es eine gemeinsame Verpflegung.

Für Monika Knill bilden Lager und Exkursionen «einen wichtigen Teil der Volksschule». Sie hoffe, die Schulen würden diese weiterhin anbieten, schreibt die Erziehungsdirektorin in einem Brief an die Thurgauer Schulbehörden.

Auch Valentin Huber hält Skilager für «unabhängig für die

Schulbildung». Der Kreuzlinger Sekundarlehrer und Jurastudent hat mit seiner Beschwerde das Bundesgerichtsurteil erwirkt. Für ihn ist es klar, dass die Schulen die Zusatzkosten tragen müssen. Diese seien «marginal im Verhältnis beispielsweise zu einem Schulbudget von 50 Millionen Franken». Huber verwahrt sich gegen eine Aussage der Erziehungsdirektorin, die das Bundesgerichtsurteil als «Lagerkiller» bezeichnete. «Das Bundesgericht hat nur die vorherrschende Lehre bestätigt.» Das Problem sei dadurch entstanden, dass die Lager

immer teurer geworden seien und man die öffentliche Volksschule für Ausländerpolitik missbrauchen wollte. «Die Schulen wollen das Budget tief halten, um reiche Leute anzuziehen.»

Die Skilager freiwillig zu erklären, wäre laut Huber eine Trotzreaktion. «Damit schafft man eine absolute Chancengleichheit – eine Zweiklassengesellschaft, bei welcher Reiche Skisport betreiben und sozial Schwächere mit einem Basketball abgespeist werden.»

Ausserdem knüpfe man damit am verpönten Merkmal der sozialen Stellung an und widerspreche erneut der Bundesverfassung, die direkte Diskriminierung verbiete. «Damit jeder von seinen Freiheitsrechten Gebrauch machen kann, braucht es eine kostenlose und obligatorische Schulbildung.»

Gratis-Frühförderung statt Kostendrohung

Das Bundesgericht hat gleichzeitig die Kostenbeteiligung der Eltern an Sprachkursen aufgehoben. Mit der Kostendrohung haben die Schulen Eltern erfolgreich motiviert, ihre Vorschulkinder in Spielgruppen zu schicken. Manche Kinder sprechen beim Kindergartenbeginn kein Deutsch, obwohl sie hier aufgewachsen sind – ein grosses Problem für die Schulen. Auch Beschwerdeführer Huber hält es für wichtig, dass Kinder möglichst früh Deutsch lernen. Die Kostenbeteiligung sei aber falsch: «Was bringt es, Eltern nachträglich abzustrafen? Das ist aus pädagogischer und menschlicher Sicht total unprofessionell. Besser ist es, wie andere Kantone eine unentgeltliche Frühförderung anzubieten.»

EVP fordert eine menschliche Politik

Partei Die EVP Thurgau stellt das Jahr 2018 unter das Motto «Den Menschen und der Umwelt Sorge tragen». Die Priorität setzt die Partei dabei auf die Familienpolitik.

«Wir haben den Menschen im Fokus», sagt Wolfgang Ackerknecht, seit 1. Januar Präsident der EVP Thurgau, bei seiner Begrüssung zur Medienkonferenz. Die Partei hatte gestern ins Restaurant Eisenbahn geladen, um die Themenschwerpunkte für das Jahr vorzustellen. Kantonsrätin Elisabeth Rickenbach erläuterte, dass «wir auf die Familie und die Gesellschaft als kleinste Zelle des Zusammenlebens Sorge tragen müssen». Als eigentlich gute Botschaft bezeichnete sie die Tatsache, dass die Menschen immer länger leben würden, aber: «Inzwischen ist eine vierte Generation entstanden». Das sei eine grosse Herausforderung, auch im Gesundheitsbereich. Die EVP unterstütze deshalb die nationale Pflegeinitiative. Zudem gelte es, die kantonalen Geriatrie- und Demenzkonzepte umzusetzen.

Mit Systemwechsel Land schonen

Für ein «ethisch verantwortetes Handeln in Arbeitsprozessen und Unternehmertum» setzt sich Nina Beerli, Mitglied der Parteileitung, ein. Als zentrales Anliegen nennt sie griffige Regeln, wel-

che die Unternehmen dazu verpflichteten, ihre ethische Verantwortung wahrzunehmen und ethisches Fehlverhalten zu sanktionierten. «Die Konzernverantwortungsinitiative ist ein Schritt in die richtige Richtung und nimmt zentrale Anliegen der EVP auf», erklärt sie. Unter anderem entspreche die Stärkung der internationalen Umweltstandards der EVP-Forderung nach solidarischem und enkeltauglichem Umgang mit Umwelt und

Ressourcen. Wolfgang Ackerknecht tritt für einen Systemwechsel bei der Liegenschaftsteuer ein. Diese sei vor über 50 Jahren eingeführt worden. Das Ziel: «Eine erhöhte Steuer auf Bauland». Auf der Grundlage des Verursacherprinzips sollten öffentliche Leistungen wie Erschliessungen oder Unterhalt der Infrastruktur zu entgelten sein, fordert er. Durch die höhere Steuer könne eine bessere Ausnutzung des Baugebietes geför-

dert werden. «Die erhöhte Steuer auf Bauland erschwert zudem dessen Hortung», zeigt sich Ackerknecht überzeugt. Die EVP werde in diesem Sinn einen Vorstoss im Grossen Rat einreichen.

Kürzungen wenig weitsichtig

«Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Grosse Rat per 2020 das kantonale Energieförderprogramm um zwei Millionen Franken kürzen will», erklärt Vizepräsident Urs-Peter Beerli. Die EVP erachte das als wenig weitsichtig und setzt sich weiterhin dafür ein, dass der Kanton in den ihm zustehenden Bereichen eine aktive Rolle spiele. «Es handelt sich insbesondere um das Gebäudesanierungsprogramm und die Unterstützung von Fotovoltaik und Geothermie in Anwendung und Erforschung. Die Verantwortung wolle er jedoch nicht allein der öffentlichen Hand überlassen: «Jeder kann persönlich für weniger Energieverbrauch und eine gesunde Umwelt Vieles tun.»

Kurt Peter
thurgau@thurgauerzeitung.ch

Millionen aus Bern für Verkehrsverbesserungen

Verkehr Total 1,12 Milliarden Franken will der Bundesrat zur Verbesserung der Verkehrssituation in den Agglomerationen investieren. Er beantragt dies im Rahmen der dritten Generation der Agglomerationsprogramme. Das hat er gestern entschieden, wie es in einer Mitteilung heisst. Die entsprechende Vernehmlassungsvorlage hat die Regierung ebenfalls verabschiedet; die Anhörung dauert bis Ende April.

In den Genuss von Bundesbeiträgen sollen auch drei Projekte kommen, an denen der Kanton Thurgau beteiligt ist. Für das Agglomerationsprogramm Wil will der Bund maximal 36,8 Millionen Franken beisteuern, der Beitragssatz beläuft sich auf 35 Prozent. Eine Massnahme, die beispielsweise unterstützt werden soll, ist die Erschliessung des Entwicklungsschwerpunktes Wil-West. Auf dem Gebiet der Thurgauer Gemeinde Münchwilen soll auf einer Fläche von rund 10 Hektaren Potenzial für neue Arbeitsplätze entstehen – zusammen mit dem nahe gelegenen Gebiet Gloten rund 3000. Einen Beitragssatz von 35 Prozent sieht der Bund für das Agglomerationsprogramm Kreuzlingen-Konstanz vor. Für Massnahmen in dieser Agglomeration sollen maximal

8,67 Millionen Franken aus Bern fließen. Das Agglomerationsprogramm St. Gallen-Bodensee soll insgesamt 110,8 Millionen Franken erhalten, ebenfalls mit einer Kostenbeteiligung des Bundes von 35 Prozent. Dieses Programm beinhaltet den für den Oberthurgau wichtigen Autobahnzubringer Witen in Rorschach. Weiter eine neue Gleisquerung in Romanshorn sowie die Optimierung des Bodenseeradweges. Keinen Beitrag leisten will der Bund an das Agglomerationsprogramm Frauenfeld. Begründung: ein ungenügendes Wirkungsergebnis, wie es im Bericht des Bundes heisst.

«Wir freuen uns sehr, dass drei Programme mit Thurgauer Beteiligung je 35 Prozent Bundesbeiträge erhalten», sagt die Thurgauer Regierungspräsidentin Carmen Haag auf Anfrage. «Natürlich wären 40 Prozent noch schöner gewesen.» Aber nur wenige Programme in der Schweiz würden den höheren Satz erhalten.

Der Bundesrat will ab dem Jahr 2019 im Rahmen der dritten Generation 32 Programme unterstützen. Zwischen 30 und 50 Prozent der Investitionskosten übernimmt der Bund, wie es in der Mitteilung heisst. (seb.) 3



Sie stellten die Schwerpunkte 2018 vor: Urs-Peter Beerli, Elisabeth Rickenbach, Nina Beerli und Wolfgang Ackerknecht. Bild: Kurt Peter